



POSITIONSPAPIER

D

2013

Die Energiewende als Gemeinschaftswerk – durch Bürgerbeteiligung!

Die Bürgerinnen und Bürger gestalten die Energiewende mit

Als die Ethikkommission Sichere Energieversorgung Mitte 2011 ihren Bericht „Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft“ vorlegte, verdeutlichte schon der Titel die notwendige gemeinsame Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger sollten an der Energiewende aktiv beteiligt werden – diese Idee muss nun mit Leben gefüllt werden. Trotz aller Kontroversen in den vergangenen Monaten dominiert bei den Menschen weiterhin eine überragende Zustimmung zur eingeleiteten Energiewende. Alle Umfragen zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger eine sichere, umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung wünschen. Zentrale Bestandteile hierfür sind die Steigerung der Energieeffizienz und der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien.

Welche Anforderungen stellt die Bürgerbeteiligung?

Die Energiewende ist mehr als nur ein gigantisches technisches Infrastrukturvorhaben. Sie ist ein Generationenprojekt und eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die in den kommenden Jahrzehnten immer wieder neue soziale, ökologische und ökonomische Fragen aufwerfen wird. Die Gesellschaft muss darauf kontinuierlich adäquate Antworten finden. Schon heute ist die Debatte deutlich weiter vorangeschritten als noch vor einem Jahr, die Probleme aber auch Handlungsoptionen sind viel detaillierter beschrieben. Wir werden kontinuierlich innovative Konzepte und Lösungen entwickeln müssen.

Die energiepolitischen Beschlüsse des vergangenen Jahres haben den Blick frei gemacht auf die neuen Herausforderungen: Neue Infrastrukturen müssen errichte, die erneuerbaren Energien, bestehende Netze und Energiespeicher sowie Reservekraftwerke forciert ausgebaut werden. Erneuerbare Energien werden das leitende System der Zukunft. Die Struktur des Strommarktes wird verändert und das Zusammenwachsen der europäischen Strom- und Gasmärkte gesteuert werden müssen. Aus einigen hundert Energie-Einspeisepunkten werden Millionen. Energieversorgung wird komplex und von hunderttausenden Akteuren getragen. Ihre Vielfalt ist immens: große, international agierende und kleine, mittelständische Unternehmen, Stadtwerke und Genossenschaften sowie viele, viele Bürgerinnen und Bürger. Sie alle müssen in die gleiche Richtung arbeiten, damit der Dialog über die nächsten Schritte verlässlich und im Vertrauen auf einander stattfinden kann. Den Bürgerinnen und Bürgern muss es möglich sein, die Komplexität nachzuvollziehen, die Chancen für Partizipation und Gestaltung zu erkennen und ihre eigene Rolle auf dem Weg zur nahezu vollständigen Vermeidung von CO₂-Emissionen anzunehmen.

Darüber hinaus müssen auch die Blockaden bei der Erschließung der vielfältigen Energieeffizienzpotenziale abgebaut werden. Dies betrifft mangelnde finanzielle Anreize, unzureichende gesetzgeberische Leitplanken oder auch unzureichende Kenntnisse der Anwender. Wichtige Vorhaben wie die Gebäudesanierung verfügen bisher über keine ausreichenden finanziellen Ressourcen, Energieeffizienzmärkte entwickeln sich nur ungenügend. Wir brauchen viele Ideen und Vorschläge für die Sanierung von Gebäuden. Die Schaffung von Märkten für Energieeffizienz und neue Strukturen zur stärkeren Nutzung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt müssen in den kommenden Jahren viel stärker als bisher im Zentrum der energiepolitischen Debatte stehen.

Nur wenn es gelingt, den engen Schulterschluss beim Umbau der Energieversorgung trotz aller Verschiedenheit der Akteure beizubehalten, werden wir über die lange Zeit, die wir für die Umstellung des Energieversorgungssystems brauchen, Erfolg haben. Dialog und Teilhabe sind die Mittel der Wahl, um Akzeptanz für die Projekte zu erlangen, die für die Energiewende von großer Bedeutung sind. Das gilt für Pumpspeicherkraftwerke, neue Stromtrassen oder andere Energie-Infrastrukturvorhaben. Wir brauchen eine Plattform bzw. ein gemeinsames Forum, um schnell, systematisch und umfassend mit den Betroffenen vor Ort, aber auch auf der strategischen Ebene effektive Lösungen entwickeln zu können und Hindernisse abzubauen.

Der WWF fordert:

- **Die Schaffung eines „Nationalen Forums Energiewende“ (NFE)**

Das Nationale Forum Energiewende erhält die Aufgabe, die wichtigsten Akteure zusammen zu bringen sowie die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu beteiligen. Ziel ist es, Herausforderungen rechtzeitig zu erkennen, anzugehen und in den Fokus der gemeinsamen Arbeit zu stellen, damit sie sich nicht zu signifikanten Hemmnissen für den Fortschritt der Energiewende entwickeln können.

Für diese Arbeit und um das für diese Arbeit nötige Vertrauen zu schaffen, braucht das NFE ein starkes offizielles nationales Mandat. Gleichzeitig ist eine tiefe Verankerung notwendig – in der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie der Wissenschaft, aber auch in der Bundes- und Landespolitik sowie in den Städten und Gemeinden. Das Nationale Forum Energiewende soll als glaubwürdiger Makler zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft vermitteln. Gerade die starke Beteiligung der Zivilgesellschaft soll eines der prägenden Elemente des NFE sein. Es darf darüber hinaus nicht zwischen die Mühlsteine der Konkurrenz einzelner Ministerien und Interessen geraten, sondern soll stattdessen dort, wo diese Mühlsteine als Last erscheinen, helfen, gemeinsame Wege aufzuzeigen. Das NFE soll nicht parallel zu anderen Einrichtungen Fragestellungen der Energiewende bearbeiten, sondern andere Organisationen bei Bedarf unterstützen. Es kann eine Plattform sein und Fäden zusammenführen.

- **Die Entwicklung einer Netz-Charta:**

Insbesondere der Ausbau der Stromnetze muss so geplant werden, dass die Öffentlichkeit einzelne Trassenentscheidungen transparent prüfen und nachvollziehen kann. Die Bundesregierung soll zusammen mit den Netzbetreibern, den Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen Stakeholdern in den kommenden zwei Jahren ein strukturiertes Vorgehen entwickeln, um Informationsdefizite systematisch abzubauen und mehr Akzeptanz zu gewinnen.

Weitere Informationen:

Die Energiewende braucht politische Kraft und Ausdauer. Sie braucht einen aufgeklärten und zukunftsfähigen Umgang mit den Herausforderungen. Die Energiewende kann so gestaltet werden, dass sie niemanden überfordert. Und sie wird Deutschland stärker und wettbewerbsfähiger machen.

<http://www.wwf.de/themen-projekte/klima-energie/energiepolitik/energiewende/>

Ansprechpartner/in:

Regine Günther/ Thomas Duveau
Fachbereich Klimaschutz und Energiepolitik
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Direkt: +49 (0)30 311 777-236
thomas.duveau@wwf.de